Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprech-Nummer 419. Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Auflage 5000.

r „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122. Donnerstag, den 23. August 1894. 1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des Freisinns.

Rh. Wie man sich erinnert, ist im vorigen Jahre e freisinnige Partei über die Militärfrage chiedlich, friedlich“ — aber viel mehr schiedlich, als iedlich — in zwei Theile auseinander gefallen, von nen jeder mit Mühe und nur durch die widerspruchsllsten Kompromisse mit anderen Parteien einige Vereter in den Reichstag brachte. Der von Barth und ickert geführte rechte Flügel, die Freisinnige Vereinigung, nßte sich auf die Nationalliberalen stützen, obgleich er ren Bündnisse mit Agrariern, Schutzzöllnern und Antiiten verabscheut und bekämpft. Richter wiederum oß über Nacht ein Wahlbündniß mit der bürgerlichen emokratie, die er dreißig Jahre lang mit persönlichster, amentlich gegen das leitende Organ der Partei, die Frankf. Ztg.“, und ihren Herausgeber gerichteter Erterung bekämpft hatte, und kündigte in einem gemeinm mit Payer, dem Verwaltungsrathe der „Frkf. Ztg.“, lassenen Wahlmanifest den berühmten „Krieg nach wei Fronten“ an, die gleichzeitige Bekämpfung des Militarismus und des Sozialismus. Dieser vorrefflichen Taktik allein, welche bekanntlich dem ozialismus nichts geschadet hat, ist der Erfolg der Militärvorlage zuzuschreiben. Die beiden „Volksarteien“ waren es, die, indem sie ihre Truppen nach wei Fronten zersplitterten, dem Militarismus die Bresche fneten. Das war, wenn nicht bewußter Verrath der olkssache, doch unglaublicher Mangel an politischer lugheit. Jedenfalls hat die deutsche Nation die jährche Mehrausgabe von rund sechszig Millionen für ffiziersstellen in erster Linie dem Verhalten der beiden Volksparteien“ im vorjährigen Wahlkampfe zu verdanken. nd im eigenen Schooße beider Parteien giebt es Männer enug, welche schon im vorigen Jahre begriffen, welchen ngeheuren, gar nicht wieder gut zu machenden Fehler re politischen Führer damals begingen, indem sie, statt ach dem Beispiel der Oppositionsparteien anderer Länder, n geschlossenes Vorgehen aller Gegner der Vorlage zu rmöglichen, einem Theil dieser Gegner Krieg ankündigten. Wohl mit Worten versprach ihnen damals Herr Richter en „Ruck nach links“; aber in der That hatte er nach nks nur Feindseligkeiten übrig.

Kein Wunder, daß die noch demokratisch gesinnten lemente im Schooß der freisinnigen Volkspartei jetzt och lebhafter als je den „Ruck nach links“ wünschen nd verlangen. Sie haben bemerkt, wie entfremdet die roße arbeitende Masse des Volkes den Bestrebungen der reisinnigen Parteigruppen gegenübersteht; sie möchten un gerne etwas „fürs Volk thun“, ihre Arbeiterfreundchkeit durch Aufstellung bestimmter Forderungen beweisen. Unter diesen, namentlich von der „Berliner olkszeitung“ vertretenen Forderungen steht eine gesetzche Beschränkung der Arbeitszeit, also die Einührung eines Normalarbeitstags, oben an. Wir ertreten bekanntlich diese Forderung seit dreißig Jahren. s kann uns daher nur lieb sein, wenn heute auch andere arteien ihr zustimmen. Scheinbar thun es bisweilen uch Redner des Centrums; geht man aber auf die ache mit ihnen ein, so stellt sich bald heraus, daß sie it Zweideutigkeit hantiren: nicht ein Gesetz, sondern der gute Wille aller Betheiligten“, die christliche Nächstenebe, soll die Lage der Arbeiter verbessern. Wenn sie as könnte, so hätte sie es längst gethan, und wenn die rbeiter darauf warten wollten, könnten sie lange warten. lso, von unserem Standpunkt aus müssen wir jede aufichtige Zustimmung zu irgend einer der von uns vertetenen Forderungen, sie komme aus welchem Lager sie olle, willkommen heißen.

Freilich, wenn diejenigen Freisinnigen, welche den Maximalarbeitstag verlangen, etwa glauben, sie könnten Herrn Eugen Richter zu ihrer Meinung bekehren, so ennen sie eben diesen Politiker sehr schlecht. Richter ist er Typus des Mannes, der „nichts gelernt und nichts ergessen“ hat. In der vor zwei Jahren veröffentlichten euen Ausgabe seines politischen ABC-Buchs sagt er:

„Die Gesetzgebung kann . . . wohl eine Maximaldauer der Arbeitszeit erzwingen, sie kann aber nicht erzwingen, daß bei verkürzter Arbeitszeit dem Arbeiter derselbe Lohn gewährt wird, wie für längere Arbeitszeit. Wenn selbst der Gesetzgeber so weit gehen wollte, Minimallöhne festzustellen, so würde er doch keinen Arbeitgeber zwingen können, zu be festgesetzten Minimallöhnen Arbeitnehmern in der sich dafür darbietenden Zahl zu beschäftigen. Die Konsequenz der Festsetzung eines Maximalarbeitstages für alle Arbeiter müßte daher zur Verstaatlichung der Arbeit überhaupt, also zur Unterdrückung aller Privatunternehmungen führen in der Art, wie der sozialistische Staat für eine Regelung der wirthschaftlichen Verhältnisse vorstellt.“

„Die Konsequenz!“ Das allein ist für Richter entscheidend! Die Beschränkung der Arbeitszeit könnte Millionen, die jetzt in dumpfer Sklaverei verkommen, Rettung, Erlösung, Freiheit bringen, — ja, aber die Konsequenz! Wohin könnte das führen? Was könnte einmal daraus werden? Richters Konsequenz ist die des polnischen Juden der „Fliegenden Blätter“, der sich beileibe nicht die Hände wäscht, denn die Konsequenz wäre, wenn es mit dem Wasser immer so fort ginge, daß er elendich ersaufen müßte. Wenn die Konsequenz maßgebend ist, so müssen ferner auch die bereits bestehenden Arbeiterschutzgesetze sammt der Gewerbeaufsicht total wieder abgeschafft werden, denn eins hat sich „konsequent“ aus dem andern entwickelt. Dagegen würden sich aber wohl sogar die zahmen Max Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sträuben. Für Herrn Richter sind freilich diese seine eigenen Wähler im Grunde auch nur verschämte Sozialdemokraten.

Es ist unter diesen Umständen vorherzusehen, daß sich auf dem bevorstehenden Parteitage der Freisinnigen Volkspartei ein ähnlicher Kampf entspinnen wird, wie ihn das Centrum auf dem Kölner Katholikentag trotz aller süßlichen Versöhnungsphrasen nicht wird vermeiden können: ein Kampf zwischen den stillstehenden und den vorwärts strebenden, zwischen den demokratischen und den aristokratisch-kapitalistischen Elementen. Der lachende Dritte bei diesen Kämpfen kann aber unter allen Umständen nur die Sozialdemokratie sein. Denn entweder siegt das demokratische Element; dann müssen diese Parteien diejenigen unserer Forderungen, deren Berechtigung sie anerkannt haben, durchsetzen helfen, und das ist ein Gewinn für die Arbeiter und ein moralischer Sieg unserer Ideen. Oder aber das reaktionäre Element behält, wie bisher, in diesen Parteien die Oberhand, dann werden Zehntausende aus ihren Reihen, Zehntausende, die schon längst zu uns gehört hätten, mit fliegenden Fahnen in das Lager des Proletariats hinübergezogen kommen. Manche unter ihnen werden ja ohnehin von den rechts stehenden Parteien genau ebenso angefeindet, als ob sie bereits Sozialdemokraten wären. Der „richtige Konservative“ macht ebenso wenig zwischen einem überzeugten Freisinnigen und einem Sozialisten den geringsten Unterschied, als zwischen diesem und einem Anarchisten. Ja, wenn er aufrichtig sein will, so ist ihm der Anarchist noch der Liebste von den dreien, weil man ihn als abschreckendes Exempel gegen die beiden anderen verwerthen kann. Ein Freisinniger in einer kleinen Stadt wird von der ganzen „guten Gesellschaft“ genau ebenso erbittert in Acht und Bann gethan, ebenso systematisch „geboykottet“, als ob er täglich einige Bomben fabrizirte. Er ist und bleibt „kompromittirt“. Was kann er thun? Der „Freisinn“ wird ihm zu eng; für den Anarchismus hat er kein Verständniß und Anlage; schließlich wird er eben zur „großen Armee“ stoßen. Brauchen wir ihm zu sagen, daß er mit offenen Armen empfangen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Freude und Jubel herrschte bei den Kartellbrüdern als die „Nordd. Allgem. Ztg.“, das Kanzlerblatt, ein neues allgemeines Kartell gegen die Sozialdemokratie in Vorschlag gebracht hatte. Jetzt erwiedert nun die „Kreuz-Zeitg.“ in ihrer politischen Wochenübersicht: „Wir lehnen jedes Kartell, wie weit oder eng es auch gedacht ist, für die Zukunft mit aller Bestimmtheit ab. Wo nun das Blatt sich sein Kartell zusammensuchen will, mag seine Sorge sein; geneigt dazu dürften nur die Freikonservativen und ein Theil der Nationalliberalen sein: eben nur die, welche parteipolitisch dabei zu gewinnen hoffen. Ob die Kartellschwärmer zu jenen Leuten zählen, die „nichts lernen und nichts vergessen“, wissen wir nicht; aber wir wissen, daß die Verhältnisse und Zeiten sich ändern, und zugleich haben wir aus früheren Kartellerfahrungen manche politische Lehren gezogen. Jedenfalls war es schwierig, einen unzeitgemäßeren Vorschlag zu machen als gerade diesen.“ Heulen über die „Maulwurfsarbeit“ der Sozialdemokratie und Zähneklappern über die Macht derselben dürfte darob wiederum bei den Kartellwüthigen Nationalliberalen sein.

Willst Du nicht gütig, so brauch ich Gewalt. Die ultramontane „Augsburger Postztg.“ erklärt die Nachricht, der Reichstagsabgeordnete für Passau Dr. Pichler wolle sein Mandat niederlegen, für unrichtig. — Nun dann wird die Wahlprüfungs-Kommission ihres Amtes walten müssen.

Ueber den Anarchismus in Deutschland und den Werth der Ausnahmegesetze schreibt die „Germania“ anläßlich der Attentatsgerüchte u. a. das Folgende:

„In der That erscheint vorläufig gegenüber den Mittheilungen, welche, wie wir schon gestern betonten, von einem aus polizeilichen Quellen schöpfenden Berichterstatter stammen, eine gewisse Zurückhaltung angebracht. Jedenfalls läßt sich nicht leugnen, daß die „Anarchisten der That“ plötzlich mit einer ganz verdächtigen Promptheit auftauchten, der „Norddeutschen“, der „Post“ und anderen für Einschränkung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit schwärmenden Blättern sehr gelegen kommen. Bisher kannte man hier nur anarchistische Maulhelden, die sich ab und zu in öffentlichen Versammlungen mit den Sozialdemokraten herumzankten, einen nennenswerthen Anhang aber nicht hatten. Die wohlorganisirte und wohldisziplinirte Sozialdemokratie ließ die anarchistischen Schreihälse nicht aufkommen. Die Arbeitermassen nehmen diese Patrone nicht ernst. Jetzt sollen wir auf einmal ein ganzes Heer bösartiger Mordgesellen mit Attentaten und Bomben in unserer Mitte haben. Die Revolverschüsse, die der anarchistische Einbrecher Schewe auf der Flucht gegen die verfolgende Polizei richtete, werden in der „Post“ schlankweg als anarchistische Attentate bezeichnet, wiewohl es auch sonst häufig genug vorkommt, daß ertappte Verbrecher sich mit Messer und Revolver wehren. Auf das „Attentat“ ist eine große Anarchisten-Razzia gefolgt, und wenn man den mit der Polizei in Beziehung stehenden Berichterstattern glauben soll, so hat die Polizei mit den verhafteten 40 bis 50 Anarchisten und bei den in frühester Morgenstunde vorgenommenen zahlreichen Haussuchungen „einen guten Fang gemacht“. Mehrere Anarchisten wurden auf ihren Arbeitsstellen verhaftet, was wenigstens dafür spricht, daß sie noch nicht den ganzen Tag mit Schießübungen und Bombenfabrikation zubringen. Die neueste Meldung lautet freilich aufregend genug. Im Osten Berlins „sollen“ bei den Haussuchungen gefüllte Bomben aufgefunden worden sein. Bei einem Mechaniker „sollen“ Schriftstücke entdeckt worden sein, die darthun, daß die Berliner Anarchisten in engster Verbindung mit den Genossen in Frankreich stehen. Auf einem Gelände in der Nähe des Zentral-Viehhofes, das sie von einer Wittwe gepachtet hatten, „sollen“ die Anarchisten ihre geheimen Zusammenkünfte abgehalten haben. „Im Uebrigen deuten behördliche Vorsichtsmaßregeln darauf hin, daß die Polizei auch von der beabsichtigten Verwendung des Sprengstoffs unterrichtet ist.“ Man beachte wohl das einschränkende „soll“ bei all diesen alarmirenden Nachrichten. Und wenn wir weiter lesen, daß der eine der Verhafteten die Bomben offen auf einem Schrank stehen hatte, wo die nichts ahnende Wirthin sie aufhob und in einen Kasten that, so klingt das alles für einen zielbewußten Anarchisten sehr sonderbar. Ein gewisses Mißtrauen ist daher wohl am Platz, zumal wenn man sieht, wie selbst das „Attentat“ Schewe's von der „Post“ und Gesinnungsgenossen eingeleitet wird. Mit Recht bemerkt zu den Vorgängen eine Korrespondenz für Zentrumsblätter: „Wir sind die letzten, die gegen eine exemplarische Bestrafung anarchistischer Verbrechen etwas einzuwenden hätten. Hat man wirklich Bomben bei den Berliner Anarchisten gefunden, so wird auch die Bestrafung sicher nicht ausbleiben. Nöthigenfalls haben wir das Dynamitgesetz, von dem bis jetzt so gut wie ausschließlich harmlose Leute betroffen worden sind. Aber man sage uns doch einmal, wie man denn die Anarchisten an dem Verfertigen von Bomben und an den geheimen Zusammenkünften hindern könne, wenn jetzt schon die Polizei das Recht hätte, die Genehmigung zu einer Versammlung zu versagen, oder wenn das Preßgesetz verschärft würde! Das Sozialistengesetz legte Presse und Vereinswesen der Sozialdemokraten lahm und machte ihre Versammlungen von polizeilicher Genehmigung abhängig. Es ist aber wiederholt darauf hingewiesen worden, daß gerade unter diesem Gesetze die scheußlichsten anarchistischen Attentate und Attentatsversuche (Frankfurt, Stuttgart, Niederwald 2c.) vorgekommen sind. Daß das Gesetz geheime Versammlungen nicht verhindert hat, weiß die Polizei sicher selbst am besten, und daß die Ausbreitung der sozialistischen Irrlehren unter dem Gesetze nicht gelitten hat, haben wir alle doch handgreiflich vor Augen gehabt, ja wir haben gesehen, daß die ganze Partei einen viel gefährlicheren Charakter annahm. Wie man nach solchen Erfahrungen noch davon reden kann, daß man durch das Gesetz die öffentliche Verkündigung anarchistischer und sozialistischer Lehren verbieten und damit ihre Verbreitung eindämmen müsse, ist kaum zu begreifen. Aufforderung zu verbrecherischen Thaten, und wenn sie auch indirekt und in versteckter Form erfolgt, entgeht auch jetzt schon nicht der Strafe. Sollte das Gesetz in dieser Beziehung nicht streng oder präzise genug sein, so wäre ja gegen eine Abänderung nichts einzuwenden, falls diese dem Mißbrauch nicht Thür und Thor öffnet. Und wenn etwa die Auflösungsbefugniß der Polizei gegenüber Versammlungen, in denen das Verbrechen empfohlen oder verherrlicht wird, nicht ausreichte, so könne man unter der gleichen Bedingung auch hier abhelfen. Wir haben aber bisher nicht gefunden, daß die Polizei anarchistischen oder sozialistischen Rednern

mit gebundenen Händen gegenüberstehe. Jedenfalls dürfen wir nicht die Polizeiwillkür nach sächsischem oder hamburgischem Vorbilde einführen. Viel Kapital sucht die mittelparteiliche Presse für ihre Pläne auch aus dem Krawall in Bielschowitz zu schlagen. Wir vermissen aber bisher immer noch jede Angabe darüber, wie denn durch Gesetzesbestimmungen der gewünschten Art der Krawall wäre verhindert worden oder durch welche bestehenden Bestimmungen die Polizei an zweckentsprechendem Einschreiten gegen die Krawallmacher verhindert worden sei, oder warum die Schuldigen ihrer Strafe entgehen werden. Wenn eine Militärvorlage durchgesetzt werden soll, so sucht man die Bevölkerung mit Kriegsgerüchten, Pikrinsäure, Barackenbauten 2c. zu beunruhigen. Diese Taktik scheint jetzt auch bei einigen Blättern für reaktionäre und Ausnahmegesetze in Anwendung zu kommen: man sucht jetzt mit Anarchisten und sozialistischen Kravallen Angst zu erregen."

Eine Ente? so fragten wir gestern und unsere Vermuthung hat uns nicht getäuscht. Der erwähnte Riesen-Mordplan des Oberst a. D. „Sirius-Canard" war nur ein verspäteter Aprilscherz. Sirius ist ein bekanntlich sehr weit entfernter Stern, auf dem es allem Vermuthen nach weder todte noch lebendige Mordmaschinen giebt, und Canard ist ein französisches Wort und heißt — Ente.

Die „gefüllten Bomben", welche die Polizei in Berlin gefunden haben sollte, waren, wie nun Berliner Blätter melden, weiter nichts als — eine Art Zierrath. Das „B. B." macht darauf aufmerksam, daß solche Granaten auf Tischen Berliner Restaurationen mehrfach zu sehen seien, ebenso in den Wohnungen ehemaliger Artilleristen, die sie als Andenken von den Schießplätzen mitgenommen hätten. Ferner wird aus Berlin gemeldet: „Die angeblichen Granaten oder Bomben, welche von der Polizei gefunden worden sind, waren ungeladen, und man hat lediglich in der Wohnung eines Anarchisten einige Brecheisen gefunden, wie sie bei Verbrechern häufig vorgefunden werden. Alles deutet darauf hin, daß die beiden verhafteten Rädelsführer lediglich gewöhnliche Verbrecher sind, welche einen größeren Einbruchsdiebstahl planten und dann Berlin verlassen wollten." Sämmtliche verhafteten Anarchisten würden auch bereits wieder in Freiheit gesetzt, nur Schewe und Dröger wurden in Haft behalten. Die Freude unserer Reaktionäre ist also wieder einmal zu Wasser geworden. Unser armer General-Anzeiger!!

Die Tabakinteressenten einschließlich der Raucher warnt auf's Neue eine in der „Freis. Ztg." sich erhebende Stimme aus den Kreisen der Tabakindustriellen: In dem Streit, welchen jetzt die Offiziösen untereinander wegen des preußischen Finanzministers kämpfen, steht das eine fest: mag nun Herr Miquel Minister bleiben oder von seinem Amte zurücktreten, an der Idee, die Reichseinnahmen durch eine Mehrbelastung des Tabaks zu erhöhen, wird von Seiten der Regierung festgehalten. Wenn nun auch mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist, daß die Vorlage wegen Einführung der Tabakfabrikatwerthsteuer auch in der kommenden Session keine Mehrheit im Reichstage finden wird, so ist doch für die Tabakinteressenten eine solche Sicherheit in Bezug auf eine andere Form der Mehrbelastung nicht gegeben, und es heißt für sie deßhalb, auf neuen Kampf um die Existenz gerüstet zu sein. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß der Schlag einer Mehrbelastung des Tabaks nur die Tabakinteressenten treffen würde; neben ihnen und den Tabakarbeitern sind alle Raucher dabei betheiligt, denen man diesen Genuß — bei Vielen der einzige, der über die zum Leben absolut nothwendigen Bedürfnisse hinausgeht — vertheuern will. Deßhalb aufgepaßt, damit nicht der Wille zur That werde.

Von dem amerikanischen Musterausbeuter Pullmann weiß das „Berliner Tageblatt" folgende musterhafte Geschichte zu erzählen: „Der amerikanische Waggonfabrikant Pullmann, in dessen Etablissement in jüngster Zeit ein für die amerikanischen Verkehrsverhältnisse so folgenschwerer Streik zum Ausbruch gekommen war, befindet sich gegenwärtig mit seiner Gattin und Tochter, der künftigen Prinzessin Isenburg-Birstein, in Paris und wird, wie uns ein Privat-Telegramm von dort meldet, demnächst nach Deutschland kommen. Herr Pullmann strebt nämlich danach, daß seine Tochter noch vor ihrer Vermählung mit dem Prinzen Isenburg den Adelstitel in einem deutschen Kleinstaate erhalte, weil das nothwendig ist, wenn die aus der Ehe hervorgehenden Kinder als ebenbürtige Isenburgs angesehen werden sollen. Wieviel will denn der amerikanische Obergauner und Massenlohndrücker daran riskiren, damit seine Tochter „eine ebenbürtige Isenburg" werde? Will Pullmann den Adelstitel im Submissionswege, im Ramsch, oder unter der Hand mit Hilfe eines ehrlichen Maklers erwerben? Wer will machen ein Geschäftche?

Zu früh zu Kreuz gekrochen. Die niederbayerischen Bauern, deren Waldungen von der Artillerie während der Manöver mit scharfen Geschossen bestrichen werden sollen, haben, nach der „Frk. Ztg.", ihren Protest zurückgezogen. Damit scheint auch der Widerstand gegen das Verlassen der Höfe aufgegeben zu sein. Der „Münchener Post" wird über die Sache geschrieben:

„Ich bereiste letzte Woche die Gegend von Neumarkt a. Rott, Frontenhausen 2c in Niederbayern, woselbst ich erfuhr, daß in besagter Gegend während der Manöverzeit scharf geschossen werden soll. Eine Anzahl Bauernhöfe, die sich in der Schußlinie befinden, müssen deshalb geräumt werden. Den Bauern wurde dieses schon früher angekündigt und man machte sie aufmerksam, ihre Ernte nicht einzuführen, da sie ihre Gehöfte mit Hab und Gut, Kind und Kind verlassen müssen und während des Manövers sich in ihrem Eigenthum nicht mehr blicken lassen dürfen. Wohin die Leute sich vor den vaterländischen „Friedenskugeln" flüchten sollen, wurde nicht gesagt. Für das Verlassen des Anwesens erhält der jeweilige Besitzer Mk. 50 und im günstigsten Falle einen Theil des Schadens, welcher an den Gebäuden angerichtet wurde, vergütet. Was an Inventar 2c. zu Grunde geht, wird nicht entschädigt. (Wofür hätte man da Gerichte?) Die Bauern verwahrten sich dagegen, daß ihre Anwesen zusammengeschossen werden, ohne daß ihnen hierfür eine Entschädigung geboten werde. Der Bezirksamtmann stellte sich auf ihre Seite, doch auch dessen Protest zerschellte am eisernen Muß des militärischen Befehls."

Nach der „Augsb. Postzeitung" sollen die Bauern auf gütliches Zureden der Militärbehörde nachgegeben haben. Ja, warum hat denn die Militärbehörde die Bauern nicht vorher gefragt, ob sie in ihrem Eigenthum schalten dürfe und sich nicht mit ihnen abgefunden. Es ist doch sehr charakteristisch, daß man ohne Weiteres einfach eine Verfügung erließ. Das zeigt keinen großen Respekt vor dem Eigenthumsrecht an.

Pindter II. Dr. Griesemann, der Chef der „Nordd. Allg. Ztg." soll, wie ein Gerücht wissen will, trotz seiner unermüdlichen Agitation für Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, wegen seiner Artikel gegen Miquel am 1. Oktober durch einen Pindter III. ersetzt werden, so meldet der „Vorwärts". Wir bezweifeln thatsächlich einen derartigen Wechsel. Herr Griesemann ist ein zu würdiger Nachfolger Pindter's!

Die verschiedenen antisemitischen Parteirichtungen sollen zu einer einzigen deutsch-sozialen Reformpartei, wie es heißt, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages vereinigt werden. Wie die „Staatsbürger Ztg." mittheilt, haben in den letzten Tagen private Vorbesprechungen zwischen den Herren Dr. König, Liebermann v. Sonnenberg, Zimmermann und einem unparteiischen Vertrauensmann stattgefunden und zu dem Ergebnisse geführt, daß zunächst den Parteivorständen, bezw. Vertrauensmännern der genannten Richtungen ein Einigungsentwurf zur Vorberathung unterbreitet werden soll. Der Parteiausschuß der Deutschen Reformpartei wird sich bereits am nächsten Sonntag in Kassel mit dem Entwurf beschäftigen; ebenso wird der Parteivorstand der Deutsch-Sozialen demnächst vom Vorsitzenden einberufen werden und sich über die gleiche Frage schlüssig machen. Spätestens Anfang Oktober soll dann in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstände und Vertrauensmänner ein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Bismarck und die Schweine. Vor einigen Wochen ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß der Exreichskanzler die Anarchisten mit Schweinen verglichen habe. Da dieser Vergleich sehr wenig Anklang fand, stellt der Tapfere seine Aeußerung in Abrede. Die „Hamb. Nachr." schreiben:

„In der „Magdeburger Zeitung" hat kürzlich ein Bericht über ein Gespräch gestanden, das ein Mitarbeiter der „Magdeb. Zeitung" in Varzin mit dem Fürsten Bismarck gehabt haben will. Der Bericht beruht auf Erfindung. Auch der Vergleich der Anarchisten mit den Schweinen oder irgend ein Wort, an das er sich knüpfen ließe, rührt nicht vom Fürsten Bismarck her, der Gedanke, der einem solchen Vergleich zu Grunde liegen würde, wäre unlogisch. Die zahmen Schweine sind dem Menschen nützlich und Geschöpfe, die ihren Beruf in dieser, wenn nicht vollständig, so doch nach Kräften durch ihre Leistungen erfüllen. Dasselbe kann man von den Anarchisten nicht sagen. Der Fürst hat später, als er von dem „Bericht" Kenntniß erhielt, gesagt: „Diesen Vergleich möchte ich doch meinen Schweinen nicht anthun."

Seine Liebe zu den Schweinen hat der Herzog von Lauenburg auch im Dementi nicht verleugnet.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener „Neue freie Presse" erdreistet sich, angesichts der letzten großen Volksversammlungen zu behaupten, daß „ungeachtet aller Bemühungen der Agitatoren auch die Arbeiterbewegung für das allgemeine gleiche Wahlrecht lau zu werden beginnt". Diesen „Eindruck" hat das genannte Blatt „im Allgemeinen gewonnen"; im Besonderen freilich davon, daß es den Besuch der Versammlung im Prater, welchen die übrigen bürgerlichen Blätter mit 15 bis 20 000 Menschen angeben, auf 4000 Theilnehmer herunterlügt. Aber das Wahlrecht ist, trotzdem die Arbeiter es im Stich zu lassen sich anschicken, nicht verloren; die „N. Fr. Presse" bestellt zu seinen besseren Hütern die Regierung und die Koalition. Es steckt ein starkes Stück bürgerlicher Schamlosigkeit in dem Hinweis, daß, weil „die Arbeiterbewegung für das allgemeine gleiche Wahlrecht lau zu werden beginnt", es „nur ein Grund mehr für die Regierung und die Koalition ist, sich zu erinnern, daß die Erweiterung des Wahlrechts an der Spitze ihres Programms steht". Wir denken, daß die Regierung und die Koalition übergenug Gründe haben, sich dessen, was an der „Spitze ihres Programms" steht, zu erinnern, und daß sie keine besondere Veranlassung brauchen können, „mehr" an Gründen dafür zu suchen. Aber die Wahrheit ist, daß sich die Regierung, die dieses Parlaments, und das Parlament, das dieser Regierung würdig ist, an die „Spitze des Programms" nur dann erinnern, wenn die Arbeiter ihre Stimme vernehmlich erheben. Wenn die Arbeiter auf das Erinnerungsvermögen des edlen Bundes sich verlassen würden und einen Moment unterließen, diese Heerde vorwärts zu peitschen, so wäre das Programm mit und ohne Spitze schon längst vergessen. Die Arbeiter müssen in Oesterreich nothgedrungen den herrschenden Klassen ihre bürgerlichen Verpflichtungen unaufhörlich in's Ohr schreien; und die „Neue Freie Presse" bemüht sich recht überflüssig, wenn sie die österreichische Sozialdemokratie an diese Aufgabe mahnt. Wir wissen allzu genau, daß das liberale Geschmeiß in Oesterreich in seiner ganzen Geschichte nicht eine einzige seiner Pflichten redlich erfüllt hat, und daß es auch bei der Wahlreform den Ruf des österreichischen Liberalismus, dieser häßlichen Fratze bürgerlicher Gesinnung, rechtfertigen wird. Die österreichische Arbeiterschaft führt nicht blos „da unten im Prater das Wort", sondern sie spricht in ganz Oesterreich. Und man wird sie hören, wenn man noch so dreist sich anstellt. Die Frage: Was ist's mit dem Wahlrecht? muß ihre logische Antwort erhalten und wird sie erhalten. Auch in Oesterreich versteht sich die Pfafferei auf die „ausgleichende christlich-soziale Gerechtigkeit." Die Kinderbewahranstalt in Meran ist in Händen der Klerikalen, daher empfiehlt der dort erscheinende klerikale „Burggräfler" diese Anstalt den Eltern auf's Dringendste. Als Vorzug dieser Anstalt hebt er besonders hervor, daß sie drei Abtheilungen habe, und zwar: 1) für vornehme, 2) für bürgerliche und 3) für arme unbemittelte Kinder! — Anstatt daß die Prediger der christlichen Nächstenliebe sich bemühen würden, die Klassengegensätze abzuschwächen und zu mildern, verschärfen sie dieselben, indem sie diese schon Kindern von drei bis vier Jahren einprägen und pflegen. Dem vornehmen Kinde wird man lehren: „Bete und freue Dich!", dem bürger „Bete und arbeite!", dem armen Kinde: „Bete, arbeite, müthig und entbehre!"

Ob auch Christus, der liebevolle Kinderfreund, diese schiede gemacht hätte, als er rief: „Lasset die Kleinen z kommen!" Er liebkoste und segnete sie alle.

Italien.

Die zur Berathung des Militäretats niederge Kommission von Generälen hat von der landausfauge Riesensumme für das Heerwesen ganze 6 Millionen (4800 000 Mk.) abgestrichen, die durch Verminde des Personals der Verwaltungsstellen, der Militärsch der Lazarette 2c. „erspart" werden sollen. Diese näml an den ordentlichen „ersparten" 6 Millionen sollen wie die Kommission selbst erklärt, noch für eine von Jahren in den Etat der außerordentlichen Ausg für Neubewaffnung, Armierung der Festungen und a militärische Zwecke gesteckt werden. Das nennen die missions-Generäle „sparen"!

Die italienischen Zeitungen haben in dem vergang Monat den aus 30 Artikeln bestehenden Gesetzent veröffentlicht, welcher betreffs Verbesserung der agrari Verhältnisse Siziliens dem italienischen Parlament gegangen ist. Hiernach wären in Zukunft alle ländli Grundstücke der Gemeinden in den sizilianischen Provin ferner die aller öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten aller Korporationen in Erbpacht (enfiteusi perpet hinzugeben. Ja, auch die privaten Besitzer von Gr stücken über 100 Hektar oder von unbebauten Länder sollen für verpflichtet erklärt werden, dieselben e intensiveren Kultur entgegenzuführen und, was sie 100 Hektar an Grund und Boden besitzen, in Anthe von 5 bis 20 Hektar an kleine Leute auf mindestens Jahre zu verpachten. Weigern sich aber die Besitzer, von eigens hierzu eingesetzten Kommissionen angeordn Verbesserungen in Angriff zu nehmen, so sollen auch Grundstücke gleich denen der öffentlichen Körperschaften Erbpacht vertheilt werden.

England.

Die Ablehnung der irischen Pächter-Unterstützungs durch das Oberhaus macht bereits seine Wirkung. Entrüstung ist eine allgemeine, die Agitation zur schaffung dieses reaktionären Ueberbleibsels einer finste Zeit schlägt hohen Wogen. Mit Recht empört sind Allem die Irländer selbst. Das leitende antiparnellisti Blatt Irlands, das Freeman's Journal, schreibt: „D irische Volk wäre werth, auf ewig, wie es jetzt Fall ist, von Lord Clanricarde und Genossen regiert werden, wenn es nicht gegen diese Beleidigung diese Ungerechtigkeit Front machte. Man kann den a gewiesenen Pächtern nicht länger Geduld predigen Frieden vorsagen, wo kein Frieden ist. Jetzt ist die gekommen, wo das Volk einig in der politischen Agitat dastehen muß. Gerechtigkeit und Mitleid rühren iri Gutsherren nicht. Ihr verwundbarer Punkt ist einzig Furcht. Der Druck der öffentlichen Meinung muß fühlbar machen, dann werden dieselben bald das Segen empfinden, was sie jetzt nur als Beleidigung trachten."

Amerika.

Das Anarchistengesetz scheint hauptsächlich den Zw zu haben, die Einwanderung einzuschränken, und die Ziel würde auch vollständig erreicht werden. Der Ker punkt der Vorlage besteht darin, daß der Schatzam sekretär die Befugniß erhält, für alle ausländisch Häfen, wo dies nothwendig erscheint, Einwanderung Inspektoren zu ernennen, für die ein jährliches Geh von 2500 Dollars ausgeworfen ist. Diese Inspektor sind dazu ermächtigt, die Namen irgend eines Emigrante dessen Landung in den Vereinigten Staaten nicht gestat sein sollte, von der Passagierliste zu streichen, ob di Personen in erster, zweiter Kajüte oder im Zwischende fahren. Solche Personen sind jene unter dem Ges vom 3. März 1893 aufgeführten: Krüppel, Mittello unheilbare Kranke, Verbrecher und Anarchisten. Zu d letzteren gehört irgend eine Person, welche eine anarchistischen Vereine angehört, als Anarchist bekan ist oder mit anarchistischen Bestrebungen sympathisirt. Der Inspektor hat eine Liste dieser Namen, sowie d Gründe für die Streichung derselben auszufertigen u in verschlossenem Couvert durch den Kapitän d betreffenden Dampfers an die Einwanderungsbehörd in New-York abzusenden. Sollte der Kommandan des Schiffes trotz der Verständigung seitens der Inspe toren einen unerwünschten Einwanderer mitführen, so h hierfür die Gesellschaft eine Geldstrafe von Doll. 100 z erlegen. Durch die Errichtung der Inspektorate werd die Gesellschaften keiner ihrer Pflichten gemäß dem Ges von 1893 erhoben. Viel schärfer kann man die Ei wanderung wohl nicht mehr behandeln. Wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, schreibt man der „Frank Zeitung," aus New-York, was sehr wahrscheinlich ist, u es dann so zur Durchführung gelangt, wie jenes vo Vorjahre im hiesigen Hafen durchgeführt wird, dan können allerdings in Zukunft nur Engel zu uns herüber kommen, was übrigens von uns hierzulande nicht b dauert werden wird, denn dann hätten wir in diese neueingewanderten Engeln wenigstens einen Lichtpunkt i dem hiesigen Chaos von Korruption, politischen Nöthe und sozialen Trübsal.

Lübeck und Umgegend.

22. August.

Weil das Gericht annimmt, daß jemand, der ein Portion resp. „kalte Küche" bestellt, nicht das Recht ha

ehrere Personen mitessen zu lassen, soll, wie der „General-Anzeiger" „aus sicherer Quelle" erfahren haben will, der iener mit seiner Klage gegen einen hiesigen Wirth wegen epressung abgewiesen sein. Das glaubt wohl der General-Anzeiger" selbst nicht. So weit ist es denn jetzt doch noch nicht gekommen, daß man nicht mehr tereinander „theilen" kann.

Ein Opfer der Börse soll der Juwelier Ley aus amburg, welcher seinem Leben hier in Lübeck vor Kurzem rch Selbstmord ein Ende machte, geworden sein. Derbe hat eine Schuldenlast von mehr als 200 000 Mk. nterlassen. Verschiedene kleinere Geschäfte haben für n, der allgemein für sehr wohlhabend gehalten wurde, echselverbindlichkeiten geleistet und werden nun auf das npfindlichste geschädigt, da sie von ihrem Gelde keinen ennig zurückerhalten.

Ein- und Ausfuhr im Hafen. In der vorigen oche sind 40 Dampfer und 12 Segler, zusammen 52 eschiffe, in unseren Hafen eingelaufen. Hiervon führten Dampfer Stückgüter, 12 waren mit Holz, 2 mit hlen, 1 mit Stückgut und Getreide beladen. Mehrere ampfer überbrachten nur Holz und zwar Bretter und anken, auch Eschen-Rundholz hatten 2 geladen. Die egler brachten Steine, Seegras, Syrup, Soda, Seife A. m. Abgegangen sind 36 Dampfer, hiervon 35 t Stückgut und 1 mit Ballast und 17 Segler.

Der Gesangverein „Vorwärts" hielt Sonntag im kale des Hrn. Griesbach, Adlershorst, sein diesjähriges ommerfest ab. Mit dem Feste war ein Scheibenschießen Herren und ein Damen- und Kindervergnügen vernden. An dem Scheibenschießen, sowie an dem Damenrgnügen konnten auch Nichtmitglieder theilnehmen. ährend das Scheibenschießen um 11 Uhr Vormittags gann, nahm das Konzert erst um 4 Uhr seinen Anfang. n 7 Uhr wurde im Saale mit den Tanzen begonnen d zwischen 8 und 9 Uhr fand eine Laternenpolonaise die Kinder statt. Einige Gesangsstücke wurden von Sängerchor recht gut zu Gehör gebracht. Der Be- des Festes war gut.

Die Feuerwehr wurde gestern Abend kurz vor 6 Uhr ch Engelsgrube 42 gerufen. Auf dem Speicher des ufmanns Jenne war jedoch nur ein Ballon geplatzt. n der Schaden schon beseitigt war, als die Feuerwehrnnschaft eintraf, brauchte sie nicht in Thätigkeit zu ten. Neugierige hatten sich beim Anrücken der Wehr Genüge eingefunden.

Anträge auf Befreiung vom aktiven Militärdienste müssen der Regel spätestens im Musterungstermine gestellt werden. doch existirt in der Wehrordnung auch eine Bestimmung, nach lcher bereits ausgehobene Mannschaften, so lange sie noch nicht die Militärverpflegung aufgenommen worden sind, durch die ererersatzkommission, welche die Aushebung veranlaßt hat, aus nachglichen Reklamationsgründen, also aus Gründen, die erst nach n Aushebungsgeschäfte eingetreten sind, zurück gestellt werden nen. Wenn z. B. durch plötzliches Ableben des Vaters eines n Militär tüchtig befundenen Sohnes derselbe in die Lage gemen ist, seine Mutter und Geschwister unterstützen zu müssen, r wenn in der Zeit nach der Aushebung der Vater eines ausobenen Sohnes unfähig geworden ist, seine ökonomische Besitzung r Pachtung, oder sein Handels- und sonstiges Gewerbe zu führen r zu beaufsichtigen und der ausgehobene Sohn die einzige entbehrliche Stütze zur wirthschaftlichen Erhaltung des Besitzes, Pachtung oder des Gewerbes ist, so kann der betreffende Vater der zuständigen Gemeindebehörde nachträglich Antrag auf rückstellung seines Sohnes vom Militär stellen.

Für Seeleute. Auf Grund der vom Bundesrath am 26. Juli 91 erlassenen Vorschriften über den Befähigungsnachweis und die üfung von Maschinisten auf Seedampfschiffen der deutschen ndelsflotte hat der Senat beschlossen, zur Abnahme der Maschienprüfungen in Lübeck zum 1. Januar 1895 eine Prüfungsmmission einzusetzen und zu deren Mitgliedern zu ernen: 1. den Vorsitzenden der Behörde für die Navigationsschule w. dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, 2. den Ingenieur und schineninspektor Paul Carl Viktor Flügel und als dessen Verter den Ingenieur Carl Bernhardt, 3. den Direktor der vigationsschule Franz Louis Carl Schulze und als dessen Verter den Hülfslehrer der Navigationsschule Heinrich Nicolaus rd. Mit demselben Tage tritt die mit dem Senate zu Hamg getroffene Vereinbarung, betreffend die Prüfung von Maschien auf Seedampfschiffen, außer Kraft.

Freund „Adebar" hat in diesem Jahr seine Rückreise ch dem fernen Süden schon angetreten. Gestern Nachttag konnte man die abziehenden Störche recht genau obachten, ungefähr 35 Stück. In großen Bogen webten sie hoch oben, beinahe in den Wolken, und gen, weite Spirale ziehend, langsam davon und zwar ch dem Osten — nicht nach dem Süden, wie allgemein genommen wird. Es machte den Eindruck, als wollten Abziehenden durch ihr Kreisen in den höchsten Luftichten den einzelnen und fern von dem Reisewege ansigen Genossen das Zeichen geben, daß die Scheidende geschlagen habe. Nur mit Bedauern sah Jederann den Scheidenden nach; ist doch der Abzug der örche eines der sichtbarsten Zeichen für den Beginn Herbstes. Kluge Wetterpropheten werden aus diesem ihen Abzuge wohl auf einen baldigen und kalten Winter ließen; wir glauben eher, daß die letzten, anhaltend hlen, nassen und rauhen Wochen dem Storche den ufenthalt hier verleidet und seine Sehnsucht nach einem rmeren Aufenthalt früher wachgerufen haben, als sonst wärmeren Jahren.

Volksversammlung in Rensefeld. Am Sonntag, den August, fand in Sternberg's Gasthof, Rensefeld, eine öffentliche lksversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit deutschen Reichstages und die Sozialdemokratie". Als Referent r Reichstagsabgeordneter Genosse Kühn-Langenbielau erschienen. einem 1½stündigen Vortrage erledigte Genosse Kühn sich seiner fgabe. Der Redner führte etwa Folgendes aus: Nachdem am Juni 1893 das deutsche Volk mit überwiegender Majorität die resvorlage abgelehnt hätte, denn es haben bekanntlich in runder mme 1 100 000 deutsche Wähler mehr gegen, als für die Vorr gestimmt, so sei letztere doch, freilich nur mit einer sehr geringen jorität, vom Reichstage angenommen, und wenn nun von der ierung auch vor den Wahlen darauf hingewiesen sei, daß die Steuern, welche diese Heeresvermehrung erfordere, von den steuerkräftigeren Schultern getragen werden sollen, so habe die Erfahrung uns nachträglich doch eines Anderen belehrt. Die Steuern nämlich, welche dem Reichstage vorgelegt, seien der Art, daß nur die breite Masse des Volkes, also die arbeitende Klasse, sie zu tragen hat. Als solche sei zunächst die Tabacksteuer zu betrachten. In der Taback-Industrie sind ungefähr 160 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt; würde nun der Taback noch mehr besteuert, denn nach der Regierungsvorlage soll aus dem Taback allein ein Mehr von 45 Millionen Mark herausgeschlagen werden, so würde der Verbrauch des Tabacks nothwendiger Weise um ein Drittel zurückgehen, und in Folge dessen annähernd 50 000 Tabackarbeiter brotlos werden. Wenn man nun in Erwägung zieht, wie groß die Arbeitslosigkeit zur Zeit in Deutschland ist, so müsse es Jedem klar sein, welche Schäden eine derartige Steuer für das arbeitende Volk mit sich bringen kann. Auch würde der Taback, welcher gerade vom Volke verbraucht wird, am stärksten belastet; denn während die 30 Pfg.-Cigarre nur mit 10 pCt., so sei die 3—5 Pfg.-Cigarre mit 60—100 pCt. belastet. Dieses sei wiederum ein Beweis, wie sehr die steuerkräftigen Schultern in Anspruch genommen werden. Ebenso verwerflich sei die Weinsteuer, denn in den Gegenden, in welchen der Wein gebaut werde und Volksgetränk sei, würde das Volk mehr den Branntwein trinken müssen, welches ja allerdings den armen nothleidenden Schnapsbaronen zum Vortheil gereiche. Auch die übrigen Steuern, welche noch im Gefolge seien und für den Militarismus bestimmt, müßten alle verworfen werden und hierin ausschlaggebend sei die Centrumspartei; aber diese Partei habe deshalb gegen die Vorlage gestimmt, um es nicht mit ihren Wählern zu verderben. Bei erneueter Vorlage würden auch die Mehrzahl dieser Abgeordneten dem Steuerbouquet zustimmen. Hätte man wirklich die besitzende Klasse zu den Kosten heranziehen wollen, so hätte die Regierung die steigende Einkommensteuer einführen müssen; aber hierfür sei unsere Gesetzgebung vorläufig noch nicht zu haben. Auch die jetzige Form des Militarismus sei zu verwerfen, weil sie dem Volke Gut und Blut koste; man müsse mehr und mehr für das Miliz-System eintreten. Für die besitzende Klasse sei der heutige Militärismus eben nur ein Schutz für den inneren Feind, die Sozialdemokratie, bestimmt. Aber das Volk der sämmtlichen Kulturnationen sei heute schon so weit gebildet, daß es den Krieg, diesen Massenmord, verurtheile. Redner geht sodann des Näheren auf den russischen Handelsvertrag ein und konstatirte, daß die Annahme desselben nur eine Nothwendigkeit der sozialen Entwickelung gewesen sei, indem der deutschen Industrie Absatzgebiete hätten geschafft werden müssen, da Deutschland doch auch ein Industriestaat sei. In recht drastischer Weise schilderte Redner ferner die Handlungsweise der armen, nothleidenden Großgrundbesitzer und ihrer Vertreter im Reichstage. Redner liefert durch statistische Zahlen den Beweis, daß der Brodverbrauch in dem letzten Jahrzehnt bedeutend zurückgegangen sei: Im Jahre 1878/79 betrug der Getreideverbrauch pro Kopf 230 Kilo, dahingegen 1890/91 nur 151 Kilo. Dieses sei nur die Folge der hohen Getreidezölle. Auch die Aufhebung des Identitäts-Nachweises erläuterte der Referent in sehr verständlicher Weise. Ebenso begründete derselbe, weshalb die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für die Aufhebung und Beseitigung des Jesuiten-Gesetzes gestimmt hätten. Am Schlusse ging Redner auf die Ursachen, die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie ein und forderte die Anwesenden auf, rührig für die Verwirklichung der sozialistischen Idee zu agitiren. — Stürmischen Beifall erntete der Referent für seine Ausführungen. An der nun stattfindenden Diskussion betheiligten sich die Genossen Bagemühl, Böhm und Bartels. Ersterer schilderte in längerer Rede die kommunalen Mißstände; insbesondere ist hervorzuheben, daß die Insassen des Armenhauses in Schwartau noch mit Prügel bedacht werden; ferner, daß die Gemeinderathswahlen wiederum bevorständen und Jeder auf dem Posten sein müsse; auch sollten die Genossen rührig für die Verbreitung des „Lüb. Volksb." Sorge tragen. Genosse Böhm bespricht die Arbeiter-Kolonie in Schwartau und spricht sich außerdem des Längeren über die Arbeitslosigkeit aus, sowie daß auf dem Eisenwerke Trems noch Arbeiter 36 Stunden in einer Schicht arbeiten müßten Im ähnlichen Sinne spricht auch Bartels. Hierauf erhielt der Referent das Schlußwort; sodann wurde die gut besuchte Versammlung, zu welcher auch viele Genossen aus Lübeck erschienen waren, mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. — Am Montag Abend referirte Gen. Kühn in Stockelsdorf über dasselbe Thema. Auch hier wurden seine Ausführungen mit großem Beifall entgegengenommen.

Gestohlen wurde einem Schlosser am 16. August in der öffentlichen Badeanstalt am Rosenwall ein schwarzledernes Portemonnaie mit ungefähr 7 Mark Inhalt. Erst zu Hause nahm der Bestohlene den Diebstahl wahr.

Schöffengericht. Wegen Bettelns werden die Schmiedegesellen D. und H., der Arbeiter F. und der Kuhknecht B. zu Haftstrafen von 14 Tagen bis zu 6 Wochen und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt. — Einen Tauschhandel hatten der Hausknecht Sch. und der Arbeiter B. mit den Waaren ihrer Prinzipale, einem Lederhändler und einem Destillateur, zu ihrem eigenen Nutzen betrieben. Dieselben werden wegen dieses Vertrauensbruchs zu je 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Dadurch, daß er sich zeitweise dem Trunke ergab, soll sich der Milchner F. außer Stande gesetzt haben, seine Familie zu ernähren. F. wird jedoch von einer durch das Polizeiamt über ihn verhängten Geldstrafe in Folge seiner Berufung freigesprochen, nachdem seine als Zeugin vernommene Frau erklärt hat, daß sie noch nie gezwungen war, fremde Hülfe in Anspruch zu nehmen. — Zwischen dem Maurer O. und dem Kaufmann R. entstand am 2. Volksfesttage eine kleine Scene. Bei dieser Gelegenheit schlug O., der etwas angetrunken war, dem R., welcher über ihn eine Bemerkung fallen ließ, ins Auge. Der Sohn des R. wollte seinem Vater behülflich sein und schlug auf den O. ein, so daß dieser zu Boden fiel. Als O. am Boden lag, schlug der junge R. noch mehrere Male mit seinem Spazierstocke auf ihn ein, so daß der Stock entzweibrach. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragt gegen O. wegen einfacher Körperverletzung eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. 3 Tage Haft, gegen den R. welcher sich eines gefährlichen Werkzeuges bedient hat, wegen schwerer Körperverletzung 100 Mk, Geldstrafe ev. 10 Tage Haft. Der Vertheidiger des R. führt aus, daß sich R. in der Nothwehr befunden habe, und wenn diese überschritten, so sei es in der Erregung geschehen, daß der Stock gebrochen, beweise nur, daß derselbe nicht als gefährliches Werkzeug anzusehen sei. Er beantragt daher Freisprechung des R. Der Gerichtshof hält in beiden Fällen Körperverletzung für erwiesen, ist jedoch der Ansicht, daß R. die Nothwehr bedeutend überschritten hat. O. wird in die vom Staatsanwalt beantragte Geldstrafe von 10 Mk. ev. 3 Tage Haft, R. in eine solche von 20 Mk. ev. 6 Tage Haft und beide in die Kosten der Verfahrens verurtheilt. Außerdem wird der Stock des R. eingezogen. — In dem Schankzelte des Gastwirthes D. aus Genin, sollen sich die Arbeiter G. und O. des Hausfriedensbruches, der erstere außerdem noch der Körperverletzung schuldig gemacht haben. Aus der Verhandlung geht jedoch hervor, daß D. keine direkte Aufforderung das Zelt zu verlassen, an dieselben gestellt hat. O. wird daher freigesprochen. G. aber, weil er dem Wirth ein Rumglas, welches ihm nicht voll genug war, an den Kopf warf, wegen Körperverletzung zu 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt. — Mit einem anderen Arbeiter hatte der Bürstenmacher E. auf dem Volksfeste ein Spielzelt gehabt. Da seine Platte beschädigt war, hatte er sich, um sich einen Theil der Herstellungskosten zu sichern, von der Waare, die auf Rechnung seines Kompagnons entnommen war, einen Posten behalten. Er wird von Anklage der [illegible] ein hiesiger Rentier 4 silberne Löffel in seinem Closet versteckt und bei seiner Rückkehr vergessen, dieselben aus dem sicheren Versteck hervor zu holen. Bei einer Reparatur fand der Klempnerlehrling K. dieselben dort vor und nahm sie mit. K. wird wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Travemünde. Von der Bahn. Die den modernen Verkehrsfragen so sehr geneigte Lübeck-Büchener Eisenbahn soll beabsichtigen, hier im nächsten Jahre eine große Reform zur Durchführung zu bringen. Die Bahnhofssperre soll eingeführt werden. Alle Achtung! Sehr viel bedeutsamer als diese Reform wäre die Herabsetzung der Fahrpreise zwischen Lübeck und Travemünde, und man wird es kaum glauben, es soll auch eine Verbilligung der Fahrpreise bevorstehen. Wir sind auf die Entwickelung dieser Dinge sehr gespannt. (H. F.)

Niendorf (Ostsee). Seit einigen Tagen haben, nach der „E.-Ztg.", die Fischer mit Fischen von Sprotten und Heringen begonnen. Der Ertrag ist allerdings noch sehr gering.

Hamburg. Ueber die Verhältnisse in den Bäckereien haben die Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen eine Statistik aufgenommen. Aus derselben theilen wir, nach dem „Echo", vorläufig folgende Daten mit: „In 129 Bäckereibetrieben sind 762 Geseller beschäftigt, die in 533 Betten schlafen müssen. Die Bettwäsche wird in 7 Bäckereien alle 14 Tage, in 5 alle 3 Wochen, in 34 alle 4 Wochen, in 18 alle 6 Wochen, in 25 alle 10 Wochen und in 17 Bäckereibetrieben nur alle drei Monate oder viermal im Jahre gewechselt. In 9 Klosets wurde keine Wasserspülung angetroffen. Die Waschеimer sollen theilweise mit als sogenannte „Streicheimer" (d. h. zum Bestreichen der Backwaare mit Wasser) mitverwandt werden. In 41 Bäckereien arbeiten die Gesellen der großen Hitze wegen ganz in Adamskostüm u. s. w." Die Resultate der Untersuchung werden als Broschüre gedruckt. Diese Broschüre wird von Neuem den Nachweis bringen, daß es dringend nöthig ist, in diesem Geschäftszweig einschneidende Reform durchzuführen.

Kiel. Ausgewiesen. Der deutsche Arbeiter Conradt, seit dem Jahr 1857 in Dänemark beschäftigt gewesen, ist aus dem dänischen Staatsgebiete ausgewiesen. Conradt traf am Sonnabend Abend mit dem deutschen Postschiffe „Prinz Waldemar" hier ein.

Rendsburg. Die Augenentzündung, welche in der Neuwerker Knabenschule zum Ausbruch kam, greift weiter um sich.

Itzehoe. Das „große Maß". Zur besseren Handhabung der polizeilichen Kontrolle bei Bekämpfung der Vagabundage ist jetzt in mehreren Amtsbezirken Süderdithmarschens der Ausschank von Branntwein und sonstigen Spirituosen nach dem sogenannten großen Maß an fremde, d. h. nicht im Bezirk ansässige Personen verboten. So lange man den „Vagabunden" nicht das „große Maß" Arbeitslosigkeit und schlechten Verdienstes nimmt, werden dergleichen Mittel fruchtlos bleiben.

Kaltenkirchen. Der militärische Boykott wird, nach dem „Echo", auch im Manöver geübt. Rücken Soldaten in einen Ort ein, gleich erkundigt sich der Truppenführer, ob es in dem Orte etwas zu boykottiren giebt. Erfährt er, daß Wirthe in dem Orte sind, die ihre Gäste nicht erst nach der politischen Gesinnung fragen, sondern Jedermann gleich behandeln, dann wird es für diese Wirthe schon gefährlich. Haben nun auch die Sozialdemokraten einmal in dieser Wirthschaft Versammlungen abgehalten, dann wird der Boykott verhängt. So ging es auch im hiesigen Orte. In hiesiger Gegend ist das 31. Regiment zu Felddienstübungen eingetroffen und sind demzufolge die Ortschaften mit Einquartierung belegt. Bei der letzten Reichstagswahl haben hier alle Parteien Versammlungen abgehalten, die zum größten Theile im Lokale des Herrn Hewicker stattfanden, weil das Lokal eines der größten hier am Orte ist, auch im Mittelpunkt des Ortes liegt und der Wirth durch gute Getränke und coulante Bedienung sich auszeichnet. Bei der Hauptwahl sprach sowohl der konservative Graf Moltke als der Sozialdemokrat Molkenbuhr in diesem Lokal und auch bei der Nachwahl stand es allen Parteien zur Verfügung. Dieses Lokal wurde nun dazu ausersehen, den Boykott daran zu üben. Offiziell ward dem Wirth der Beschluß des Kommandos mitgetheilt und die Mannschaften haben sich darnach zu richten.

Neueste Nachrichten.

Wien. Nach einer Meldung des Triester „Piccolo" wird das russische Mittelmeergeschwader unter Kommando des Admirals Avellan Ende September, bezw. Anfang Oktober die Häfen Antivari, Dulcigno, Pola und Triest besuchen.

Wien. Gegenüber anderslautenden Blättermeldungen theilt das „Fremdenblatt mit, daß die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Prag nicht der Gegenstand der Berathung des in den letzten Tagen abgehaltenen Ministerrathes gewesen sei. Wenn nicht noch eine Aenderung eintrete, werde die Wirksamkeit des Schwurgerichts in Prag am 13. September wieder in Kraft treten, die Ausnahme-Verfügungen jedoch aufrecht erhalten bleiben.

Paris. Die radikalen Blätter suchen nachzuweisen, daß Perrier mit der Aufforderung an eine Delegation von Munizipal- und Gemeinderäthen, an der Konzentration der republikanischen Fraktion zu arbeiten, seinen politischen Freunden den Rücken kehre und sich, nachdem er durch ihre Unterstützung zur Präsidentschaft gelangt sei, von ihn losmachen wolle.

Paris. Seit Eröffnung der Generalräthe sucht besonders die radikale Presse dieselben auf das politische Gebiet zu locken, und räth ihnen, in einer Serie von Wünschen und Forderungen, ihre Ansicht auszusprechen. Der frühere Bautenminister verlangt im „Siècle", daß die Generalräthe sich energisch für die Unterdrückung der Anarchisten aussprechen.

London. Ein bei der japanesischen Gesandtschaft

Korea seine Truppen mit den japanesischen zusammen gegen die chinesischen kämpfen lasse. Die letzteren beachten die Genfer Konvention nicht, sondern schießen auf die japanischen Sanitätstruppen, trotzdem diese die in der Genfer Konvention vorgesehenen Abzeichen tragen. Nach weiteren Depeschen beabsichtigt China nicht, eine Anleihe aufzunehmen.

Sofia. In ganz Bulgarien fanden die Wahlen der Departementsräthe ohne Zwischenfall statt; nur in Silistria und Tru kam es zu vorübergehenden geringen Ruhestörungen. Die bis jetzt bekannten Wahlresultate sind regierungsfreundlich; die Listen des Klubs der Nationalpartei drangen überall durch. Der Wahlsieg wurde in vielen Gegenden von der Bevölkerung gefeiert.

Sofia. Stambulow richtet an den Fürsten Ferdinand eine Beschwerde darüber, daß sein Haus von 10 Uhr Abends bis Morgens früh für jeden Verkehr abgesperrt sei. Niemand dürfe hinaus noch herein. Die Ausrede der Polizei, daß dies zu seiner persönlichen Sicherheit geschehe, sei hinfällig, da ihn niemand bedrohe.

Port Said. Unter den Mannschaften des im hiesigen Hafen liegenden, der Suez-Kanal-Gesellschaft gehörigen Baggerschiffes ist ein Streik ausgebrochen, wie das Reutersche Bureau meldet.

New-York. Es verlautet, Japan habe in New-York 100000 Gewehre nebst Munition bestellt.

Washington. Die Anarchistenbill dürfte, falls sie nicht wesentlich abgeändert wird, im Repräsentantenhause in dieser Session nicht mehr zur Annahme gelangen.

Vermischtes.

M. W.! Die „Volkszeitung" schreibt: Zwischen einigen Kammervorsitzenden im Gewerbegericht und verschiedenen Beisitzern hat sich ein recht trauliches Verhältniß herausgebildet. Sind die Verhandlungen beendigt, dann kommt es nicht selten vor, daß der betreffende Vorsitzende mit seinen Beisitzern ein Wirthshaus aufsucht, um dort mit einigen Schoppen den Aerger und die Aufregungen von den Verhandlungen hinunter zu spülen. Neulich schlug einer der Vorsitzenden ein Lokal als Rendezvous vor, in dem Boykottbier verschänkt wird. Mehrere Beisitzer erklärten aber, Lokale nicht zu besuchen, in denen Boykottbier verschänkt werde und schlugen ein anderes Lokal vor, in dem Ringbier nicht zu haben ist. Der Vorsitzende fügte sich lachend mit den Worten "Machen wir!"

Die „Castroper" verboten! Im westfälischen Industriegebiete nennt man scherzweise die sogenannten „Nicht gedienten" „Castroper" und sagt von Jemandem, der als untauglich für den Dienst ausgemustert ist: „Er hat in Castrop gestanden." In letzter Zeit haben sich in Bochum und Umgegend nun Vereine der „Castroper" gebildet, die in Wetter (Ruhr) ein Verbandsfest gefeiert haben. Der Landrath des Landkreises Bochum hat nun die Polizeibehörden angewiesen, derartigen Vereinen, da sie die „Verhöhnung der Kriegervereine und militärischer Einrichtungen bezwecken" und diese Absicht öffentlich in Trachten und Abzeichen bekunden, die polizeiliche Genehmigung zu versagen und dem Umsichgreifen des „Unfugs" nach Kräften zu steuern. Es geht nichts über die Dehnbarkeit des Vereinsgesetzes und die Polizeigewalten.

Im Dunkeln leuchtende Photographien. Die Erscheinung des Phosphorescirens, d. h. des Leuchtens im Dunkeln, nachdem bei Tageslicht kräftige Belichtung durch die Sonne vorhergegangen war, läßt sich auch bei Photographien in sehr einfacher Weise hervorrufen. Man braucht zu diesem Zweck nur den Carton, auf den die Photographie geklebt werden soll, mit feingepulvertem schwefligsaurem Baryt oder schwefligsaurem Kalk zu bestreuen — beides sind Körper, die die Eigenschaft des Phosphorcirens in genügender Stärke besitzen. Um die Photographien so durchsichtig zu machen, daß, nachdem sie auf den Carton geklebt sind, das Sonnenlicht das aufgestreute Pulver — das man am einfachsten mit flüssigem Gummi auf dem Carton befestigt — treffen kann, und daß anderseits die von ihm im Dunkeln ausgehenden Strahlen die Photographie durchdringen, befeuchtet man letztere auf der Rückseite mit Ricinusöl, und erst wenn dies getrocknet ist, klebt man die Photographie auf den Carton. Da die photographische Zeichnung je nach der Dunkelheit der einzelnen Bildpartien in verschiedenem Grade für das Licht durchlässig ist, tritt auch beim Selbstleuchten im Dunkeln das photographische Bild ziemlich deutlich hervor.

17 Pulvermühlen sind nach einer Madrider Meld der „Köln. Ztg." in Villafeliche (Saragossa) in die geflogen. Es entstand ein gewaltiger Brand, der durch die größten Anstrengungen gelöscht werden kon Bisher sind drei Leichen aus den Trümmern hervorgez worden.

Briefkasten.

Schriftliche und mündliche Auskunft auf Anfragen wird Denjenigen, die sich als Abonnenten ausweisen können, ertl Sprechzeit der Redaktion ist nur von 12—1½ Uhr Mit Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Th. B. In Zukunft ersuchen wir, nur eine Seite des Pa zu beschreiben. Außerdem nicht so furchtbar enge.

Marktbericht.

Butter Holst. 110 Pfg., Meckl. 100 Pfg. per Pfd, Schinke Pfd. 95 Pfg., Wurst per Pfund 110 Pfg., Eier 10 Stück 60 Hühner per Stück 120 Pfg., Enten per Stück 220 Pfg., Küken Stück 70 Pfg., Tauben per Stück 40 Pfg., Schweinskopf per — Pfg., Speck per Pfd. — Pfg., Kartoffeln per 10 Liter 45 50 Pfg.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemün

Angekommen:

Dienstag, den 21. August.

1,— U. N. D. Falke, Ehler, von Neustadt in 1 Std.
8,20 U. N. D. Trave, Meislahn, von St. Petersburg in 98

Mittwoch, den 22. August.

4,40 U. V. D. Najaden, Hulten, von Kopenhagen in 12 Stt
7,30 U. V. Louise Julie, Adam, von Fehmarn in 1 Tg.

Abgegangen:

Dienstag, den 21. August.

3,— U. V. D. Loch Leven, Dulkan nach Narva.
7,10 U. V. D. J. P. Dillberg, Bergh, nach Kopenhagen.
7,15 U. V. D. Dana, Johannsen, nach Stockholm.

Mittwoch, den 22. August.

6,— U. V. D. Livadia, Bendfeldt, nach Stettin.
7,— U. V. Aurora, Schlöpcke, nach Neustadt.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vm.: 6,4 WSW., mäßig.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

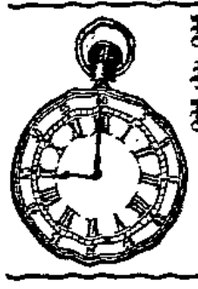
D. Wiborg ist am 20. d. in Kotka angekommen.
D. Afrika ist am 21. d. in Wyborg angekommen.
D. Alpha ist am 21. d. in Stugsund angekommen
D. Bore ist am 21. d. von Karlskrona auf hier abgegangen.
D. Marie Louise ist am 21. August, von Abo kommend, in angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Geschäfts-Anzeigen.

Ratten tod (verbess. Fabrikat), echt bei Ferd. Kayser, Farben u. Drogen, Breitestr. 81 vis-à-vis Markt

Von heute an 10% Rabatt
auf alle Sommer-Artikel
Otto Albers
Lübeck, Kohlmarkt Nr. 13
Baarverkaufslokal für Manufactur-Waaren.



Uhren reinigen . . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
76 Glockengießerstraße 76.

Central Annoncen-Expedition G. L. DAUBE & Co. Annoncen-Annahme für alle Zeitungen u. Zeitschriften der Welt Gegründet 1864.

Zeitungscataloge, Kostenvoranschläge gratis und franko. Billigste Preisnotirung. Größere Insertionsaufträge zu den niedrigsten Pauschalpreisen.
Bureau in Lübeck: Breitestraße 24.

Hutlacke, schwarz, braun, blau, empfiehlt
C. F. Alm, Drogist,
Holstenstraße 18, Moislinger Allee 6a.

Feinstes Bratenschmalz
à Pfd. 60 Pf., empfiehlt
C. Schwarzbach, Glockengießerstr. 89.

Stellen-Angebote und Gesuche.

Gesucht zu sofort **1 Bursche,** der Ostern die Schule verlassen hat, beim Milchwagen.
Falkenstraße 4.

Ges. zu sofort **ein Arbeiter zum Dreschen** gegen guten Verdienst.
Zu melden Hüxterthor-Allee 21.

Oeffentl. Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
am Freitag den 24. August 1894, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Brey (Waisenhof).

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitslosigkeit und deren Ursachen und Folgen. Referent: Th. Schwartz.
2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Buchdruckerei
Buchhandlung
Verlag des „Lübecker Volksbote".
Friedr. Meyer & Co.
Anfertigung von Drucksachen aller Art
bei prompter Lieferung
zu billigen Preisen.

Verkäufe und Kauf-Gesuche.

Ein kleiner Kanonen-Ofen, 3 Mark.
Falkenstraße 2 a.

Zu verkaufen: **Krönungs-Thaler, Sieges-Thaler** und verschiedene ältere Münzen.
Depenau 33.

Zu verkaufen **ein 2rädriger Ziehwagen** mit Kasten, passend als Brodwagen.
Ad. Samer, Moisling.

Vermischtes.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten für die reichliche Unterstützung, die uns zu Theil wurde, sagen wir unsern aufrichtigsten Dank.
Fritz Kröger und Frau,
Ravensbusch.

Zur Anfertigung von Natur-, Perl- und Blechkränzen empfiehlt sich billigst
C. Lütgens.
Ravensbusch bei Stockelsdorf.

Vermiethungen und Mieth-Gesuche.

Eine kleine freundl. Wohnung. Preis 115 Mk. Fischergrube 38/5.

Gutes Logis. Friedenstr. 65, 1. Et.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

COLOSSEUM.
Heute Donnerstag den 23. August:
Gr. Garten-Concert und Ball.
Musik von der ganzen Vereinskapelle,
Dirigent Fr. Hoffmann.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
W. Dassler.

Erinnerung.
Proppenclub „Hest em" von
Donnerstag den 23. August 1894
Abends 9 Uhr,
Pellkartoffel-Schman
im Lokale des Herrn **Wien,**
Große Burgstraße 11.

Louisenlust
Einladung
zum
Vogelschießen und Ball
am Donnerstag den 23. August 18
Beginn des Schießens Vormittags 10
Von 1 bis 3 Uhr Pause.
Beginn des Balles Abends 8 Uhr.
Einlage 1 Mk. **Henry Claudi**

TIVOLI.
Donnerstag den 23. August 1894
Von 6 Uhr an:
Gr. Garten-Concert
bei freiem Entree.
Präc. 8 Uhr:
Anfang der Vorstellung.
2. Auftreten d. Kostüm-Soubrett
Fräulein **Walter.**
2. Auftreten d. Gesangshumoris
Herrn **Fränkl.**
Scroggs u. Marnitz,
Universal-Künstler.
Dazu:
Ein Künstler-Jubiläum.
Gelegenheits-Schwank in 1 Akt.
Alles Uebrige wie bekannt.
Freitag den 31. August:
Unwiederruflich letzte Vor stellung in dieser Saison.

Wilhelm-Theater
Fernsprecher 373.
Donnerstag den 23. August 1894:
Zum letzten Male:
Circusleute
Anfang 7 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.